

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

91 (23.4.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Pettizeile oder deren Raum 25 Pfg. Kleinanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Erscheinenszeiten der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: H. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Schweizerbrief.

T. Basel, 21. April.

Nach nur 14tägiger Dauer ist am Samstag die Frühjahrssession der schweizerischen Bundesversammlung wieder geschlossen worden. Trotz ihrer verhältnismäßig kurzen Dauer ist sie eine der wichtigsten gewesen seit langer Zeit. Das Besoldungsgeheim der schweizerischen Bundesbahnen ist nun in beiden Mägen durchberaten und angenommen worden; freilich den ziemlich weitgehenden Ansprüchen des Personals entspricht das Gesetz nicht, aber gleichwohl wird dasselbe für die Verwaltung der Bundesbahnen eine schwere Belastung werden, denn sie verursacht eine Mehrausgabe von ca. 4 Millionen Franken. Die anfänglich drohende Fälligkeit des Eisenbahnpersonals scheint denn doch einer besseren Einsicht gewichen zu sein und von einem Streik der Eisenbahner hört man jetzt gar nichts mehr, man ist demnach mit dem neuen Gesetz zufrieden. Die Bundesbahnen haben vom letzten Jahr einen beträchtlichen Überschuss erlitten, als sie erwartete, das nächste Defizit von 8 Millionen ist wirklich nicht eingetroffen, daselbst beträgt nur etwas über 4 Millionen Franken; die Einnahmen hatten eine unerwartete Steigerung erfahren und auch durch Ersparnisse wurden mehrere Millionen der Kasse erhalten. Das gibt der Bundesbahnverwaltung wieder neue Hoffnung, daß das laufende Jahr Einnahmen und Ausgaben ausgleichen wird, durch welche freilich weitere Defizite gedeckt werden können. Dabei rechnet man natürlich mit bedeutenden Erhöhungen des Personalratens, was zwar vom reisenden Publikum weniger angenehm empfunden werden wird.

Das meiste Interesse der verflochtenen Session beanspruchte die Debatte über die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens zum Nationalrat. Die Befürworter dieses Systems schätzten die besten Männer in die Diskussion, aber auch die Gegner gütliche Resultate war man von Anfang an nicht im Zweifel; für die Sozialisten traten die Sozialdemokraten, Konfessionslose und Christlichsozialen ein, dagegen die große freisinnige Mehrheit und so wurde die Initiative mit 108 gegen 43 Stimmen verworfen. Jetzt hat das Volk darüber zu entscheiden, nach welchem System es seine Vertreter in die Bundesversammlung schicken will. Die Propaganda hat bereits eingeleitet und für nächsten Sonntag ist in Zürich eine große Propagandademonstration angekündigt von den schweizerischen Propagandisten. Zweifellos wird die nächste Volksabstimmung zeigen, daß die schweizerische Bundesversammlung sich im Widerspruch mit der Volksmeinung befindet, als sie die Proporz-Initiative verworfen.

Das wichtigste Geschäft, das für die Bundesversammlung vorgelegen war, die Genehmigung des Gottshardvertrages, ist wiederum nicht zur Verhandlung gekommen; man hat die Behandlung dieses Geschäftes verschoben, weil man die Entscheidung der italienischen

Kammer abwarten will, die den Vertrag auch noch nicht behandelt hat.

Die Kranken- und Unfallversicherung ist nun ebenfalls zu Ende beraten und wird, wenn nicht das Referendum dagegen erhoben wird, mit nächstem Jahre Gesetzkraft erhalten. Der schwierigste Punkt, die freie Arztwahl, hat eine alle Teile befriedigende Lösung gefunden.

Daß die Republikaner auch gerne einen Orden in Knopfloch haben und sich darin von den „Monarchisten“ nicht stark unterscheiden, das zeigt eine neuerliche Verordnung des Bundesrates, durch welche neuerdings in Erinnerung gebracht wird, daß schweizerischen Militärpersonen das Annehmen fremder Orden oder Titel verboten ist. Schon im Jahre 1903 ist eine solche Anordnung publiziert worden, die aber immer wieder auftauchenden Gültigkeit nicht genügende Grenzen zu setzen vermochte. Jetzt hat der Bundesrat die Verordnung etwas verschärft und jedem gelehrt, der einen fremden Orden annimmt, daß er aus der schweizerischen Armee ausgeschlossen wird.

Die gesamte schweizerische Handelswelt macht gegen die geplante Erhöhung der Telephongebühren mobil, weil die schweizerische Telephonverwaltung den Nachweis noch nicht erbracht hat, daß eine Erhöhung vonnöten ist. Allgemein ist die Meinung, wenn der Telephonverkehr richtig verwaltet wird nach kaufmännischen Grundsätzen, dann ist eine Erhöhung in der Weise nicht nötig und man hält mit seiner Meinung gar nicht hinter dem Berg, daß der derzeitige Chef der schweizerischen Telephonverwaltung seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist. Daß die schweizerischen Telephonanlagen gegenüber denjenigen anderer Länder schon noch eine Steigerung erfahren könnten, darüber ist man auch in Handelskreisen einig, aber man verlangt eine rationelle Geschäftsführung.

Kommission wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihenmitteln gedeckt worden sind, als Schuld des südafrikanischen Schutzbereiches gegenüber dem Reich festgesetzt werden. 2. Die Verzinsung und allmähliche, in längeren Termen zu bewirkende Amortisation dieser Schuld durch das Schutzbereich vorgegeben wird. 3. Als Mittel dafür die jetzt für den Eisenbahnbau reservierten Einnahmen, sobald sie frei werden, unter Zustimmung einer allgemeinen, auf Vermögen oder Einkommen zu legenden Steuer verwendet werden. 4. Dabei ist jedoch Vorzugs zu treffen, daß dadurch die dem südafrikanischen Schutzbereich obliegenden kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden.“ Diese Resolution hat gar keine praktische Bedeutung; denn die Durchführung derselben bringt dem Reich keine Entlastung, da für die kommenden 15 Jahre kein Pfennig für diese Zwecke übrig ist. Die Beratung in der Kommission wird dies ergeben und zudem bringt diese Resolution nicht die endgültige Auseinandersetzung für Südafrika, sondern läßt das Uebel der Gesellschaftsdarben weiter bestehen. Die Dornburgpresse ist vollends ganz aus dem Häuschen. Die „Tägl. Rundschau“ bezeichnet den sehr verständigen Antrag als einen „groben Unfug oder Zerwürflichkeit“, ja gar als eine „Schandlosigkeit“. Und warum? Weil jene mitzahlen sollen, die aus dem Kriege die höchsten Gewinne ziehen, die zu Millionen geworden sind, derweil das Reich 405 Millionen Mark anzugeben hat. Eine solche ohnmächtige Wut richtet sich ganz von selbst, auch wenn das Wort schreibt: „Staatssekretär Dornburg wird übrigens eher seinen Abschied nehmen, als den neuen großen Unfug mitmachen.“ Mit diesem Mittel wird gerade jetzt fürchtbar gearbeitet. Aber man lese nur einmal die Lüderichsen'schen Denkschriften und man weiß die Bedeutung dieses Schandstückes einzuschätzen. Das Dornburgsche „Ber. Tägl.“ nennt den Antrag eine „Verabsäumung“, mag aber folgende Sätze zugeben: „Der Gedanke, daß die Kolonien bei eintretender Leistungsunfähigkeit für die für sie aufgewendeten Kriegskosten einzustehen müssen, ist ein durchaus gelinder. Und es ist selbstverständlich, daß die juristischen und ökonomischen Verhältnisse der von der Unterdrückung des Aufstandes den tatsächlichen Vorteil ziehen, auch zu deren Lasten herangezogen werden. Hat das gleich doch auch Kreusen mit den Kriegsschulden der im Anfang des vorigen Jahrhunderts stattgehabten napoleonischen Kriege zu gemacht. Es hat diese Kriegslasten sogar den einzelnen Teilen des Staates zur Verzinsung und Amortisation überwiesen; einzelne Provinzen, so Ostpreußen, haben erst vor wenigen Jahren diese Schuldenlast endgültig abgeworfen.“ Was will er also? Der Antrag soll von „Reich“ distanziert sein, „gemeingefährlich und kolonialfeindlich“ usw. sein. Und doch alles nur, weil Leute, die 50 Prozent und mehr Dividenden ausschütten, jetzt etwas bezahlen sollen. Denn alle die reichen Gesellschaften in Südafrika zahlen keine Einkommensteuer, taun eine Gewerbesteuer. Bei uns im Heimatlande aber muß jeder Arbeiter und Bauer

mitzahlen. Es ist sehr bezeichnend, daß gerade jene Blätter gegen den Antrag Erzberger vorgehen, welche sich vor Jahresfrist so sehr für die Erbschaftsteuer ins Zeug legten. Das reizt zum Lachen. Die Wut der Großkapitalisten hat etwas Komisches an sich. Aber alle Anklagen zeigen, daß gegen den Antrag selbst gar nichts einzuwenden ist, denn sonst würde man nicht so schimpfen und lästern. Die Masse des deutschen Volkes aber steht hinter dem Antrage und würde es gar nicht verstehen, wenn man anders handeln wollte. Der Antrag Erzberger bedeutet allerdings einen Vorstoß gegen die großkapitalistische Kolonialpolitik Dornburgs und muß daher die Sympathie der mittleren Schichten des Volkes finden.

Ein Dementi. Nach einem in parlamentarischen Kreisen verbreiteten Gerücht soll der Reichsfiskus mit Schließung der Reichstags-Session gedroht haben, falls der Reichstag vor der Vertagung nicht noch eine Reihe von Gesetzentwürfen, wie z. B. das Wertzuwachssteuer- und das Kalk-Gesetz erließ. Wie der „D. A.“ von zuständiger Stelle zu erklären ermächtigt ist, hat Herr von Bethmann-Hollweg eine vorzeitige Schließung des Reichstags weder in Erwägung gezogen noch eine derartige Drohung nach irgend einer Seite ausgesprochen. Der Senatorenfond hat über die Vertagung noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Möglicherweise erfolgt dieselbe erst am 11. Mai.

Streitrecht und Staatsarbeiter. Nach stürmischer Debatte wurde in der gestrigen Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer folgende vom Zentrum vorgelegene Resolution angenommen: In der Erwägung, daß Staatsregierung und Landtag zur Verbesserung der Lage der Verkehrsarbeiter eine so weitgehende Fürsorge betätigen, als es nur immer nach der Finanzlage möglich ist, und in der Erwägung, daß ein Ausfall der Eisenbahner eine schwere Gefährdung des öffentlichen Wohles und der Staatsinteressen zur Folge hätte, wolle die Kammer beschließen: sie erachtet die Ausübung des Streitrechts im Verkehrsbetriebe für unzulässig und erucht die Regierung, mit aller Entschiedenheit solchen Streit-Versuchungen entgegenzutreten. In namentlicher Abstimmung wurde diese Resolution mit 89 gegen 35 Stimmen angenommen. Sozialdemokraten und Liberale stimmten dagegen. Der Verkehrsminister erklärte, daß die Eisenbahner kein Streitrecht haben und daß jeder Arbeiter, der auch nur theoretisch für den Streit spreche, sofort entlassen würde.

Der Antrag Erzberger. In Anwesenheit des Staatssekretärs Dornburg und des Unterstaatssekretärs von Lindequist begann die Budgetkommission des Reichstags gestern vormittag die Beratung über den Antrag Erzberger und über die Verhandlungen des Kolonialamtes mit der Kolonial-Gesellschaft für Südwesafrika. Ueber die Behandlung des Antrags Erzberger entwickelte sich zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der auch der Staats-

Dämon Gold

oder das Erbe von Moultry Hall.
Kriminalroman aus dem Englischen des J. S. Smith
in freier deutscher Bearbeitung von ...

(Fortsetzung.)

„Aber das ist noch nicht alles“, fuhr Collin fort. „Das junge Frauenzimmer kam ins Herrenhaus, um das Kind des Kapitäns zu besorgen und war nicht lange dort, so erkrankte sie sich.“ — „Erkrankte sich?“ — „So haben der Doktor und die Geschworenen gesagt. Ich aber glaub's nicht und daß sie geklaut: dazu hatte sie ihr Kind viel zu lieb.“ — „Und was ist aus dem hilflosen Geschöpf geworden?“ fragte Edward Gaston mit höchster Teilnahme.

„Sir Barnard hat es ins Arbeitshaus geschickt.“ — „Und hat es Mr. Harding dort gelassen?“ — „Nein. Bei Wanders sagte mir, er habe es in einer Nacht abgeholt. Mehr weiß ich nicht darüber, weil ich damals schon nicht mehr dort gewesen bin.“ — „Zelfam!“ murmelte Edward Gaston halblaut, „die alte Geschichte vom geklauten Herzen — erst betrogen, dann verlassen, zuletzt der Verzweiflung zum Raube.“

„Santre Beacham und Doktor Cranion sagen beide, sie sei verkratzt gewesen, und ich sag' das auch“, fügte Collin hinzu, „denn zu was hätte er sonst die Papiere gebraucht?“

„Wahr, ganz wahr!“ bemerkte der andere nachsinnend; „aber wie läßt sich das mit der Sorge für sein Kind zusammenreimen? Unmöglich! Harding kann kein solcher Schurke sein!“

„Was sagen Sie da? sein Kind. Nein! Nein! Es war nicht sein Kind. Dazu haben sich die beiden zu sehr gleich gesehen; ich glaube eher, daß sie Bruder und Schwester waren.“

Die Behauptung gab den Gedanken seines Zuhörers eine neue Richtung. Gilbert konnte so, wie er getan, gehandelt haben, um die Ehre seiner Familie zu retten. Jedenfalls — sagte er sich, hatte er kein Recht, das Geheimnis, das hier obwaltete, zu durchdringen.

Deutschland.

Berlin, 23. April 1910.

Der Kriegskostenantrag des Abg. Erzberger wird nun offen und geheim vom Reichskolonialamt bekämpft, d. h. nur vom Staatssekretär Dornburg, denn eine Reihe seiner Vortragenden sind für den Antrag und halten diesen für sehr begründet, zumal er eine endgültige Auseinandersetzung in Südwesafrika bringt. Eine offiziöse Korrespondenz verläutet, daß Staatssekretär Dornburg gegen den Antrag am meisten aufgebracht sei, da der Antrag gegen ihn zielt. Davon ist uns kein Wort bekannt und wir sind in der Sache gut unterrichtet. Nach am letzten Samstag hat ja jenseitige Staatssekretär die Anregung des Abg. Erzberger begrüßt. Warum diese Spannung? In der Zwischenzeit ist nun mit Hochdruck gearbeitet worden und die parlamentarische Schutztruppe von Herrn Dornburg hat auch bereits einen Verleumdungsantrag eingebracht. Die fortgeschrittene Volkspartei beantragt nämlich folgende Resolution: „Die

Wir müssen nicht vorjähneln urteilen“, sagte er daher zu Collin. „Aus den lautersten Absichten entspringen oft zweideutige Handlungen. Doch lassen wir das. Sie haben mir durch Ihr Geplauder von der Heimat Freude gemacht, ich bin Ihnen eine kleine Entschädigung schuldig; nehmen Sie dies“, fügte er bei, ihm ein Lebensschillingstück hinhaltend, „und dazu meinen besten Dank.“

Zu seiner Ueberraschung weigerte sich der Junge. — „Es ist nicht Stolz, Walter Edward“, sagte er, „ich bin vor dem Widwiler Armenhaus gefunden worden, und habe kein Recht, stolz zu sein, aber ich brauche Ihr Geld nicht. Ich habe ein gutes Zimmer — eine Menge Kleider — einen Platz auf Saltmarsh's Bureau — und mein Schulgeld wird bezahlt.“

„Nun, zu Ihrer Befriedigung denn!“ sagte Gaston, immer noch das Geldstück anbietend.

„Ich muß arbeiten“, rief Collin, „das ist besser als spielen. Als ich in die Abendstunde kam, konnte ich nur ein bißchen lesen und schreiben; und die Knaben, um anderthalb Köpfe kleiner als ich, lachten mich aus; jetzt kann ich lesen und schreiben und auch rechnen, besser als die meisten von ihnen. Lassen Sie mich wiederkommen, wieder nach Ihnen sehen.“

„Setze er hinzu: „vielleicht habe ich Ihnen einmal noch mehr zu sagen — aber für jetzt nicht. Ich muß Sie vorher besser kennen lernen.“

„Recht gerne!“ erwiderte der andere, der sich lebhaft für die Zukunft dieses sonderbaren jungen Menschen zu interessieren anfing, dessen Rängen nach einer Erläuterung so wunderbare Neugierde mit seinem eigenen Streben hatte, und damit Ihre Besuche auch von Nutzen sind, so bringen Sie Ihre Bücher mit.“

„Ich will Ihre Fortschritte prüfen“, sagte er bei. „Ich will Ihre Fortschritte prüfen.“

„Dank Ihnen, Squire!“ rief der Bursche freudig strahlend. — „Sie wollen also das Geld nicht nehmen?“ — „Nein!“ — „Nun, so geben Sie mir Ihre Hand!“

Collin Cray sah ihm scharf ins Gesicht, um sich zu überzeugen, ob es ihm Ernst sei, und da er dies fand, ergriß er die ihm dargebotene Hand und führte sie an seine Lippen.

„Dann hättest Du Mary nehmen sollen“, grollte Laura; „Ihr Alter wenigstens hätte besser zu dem Deinigen gepaßt. Du hast mich überhaupt nur geheiratet, um einen Vorwand zu haben, Deinen Neffen zu entzweien. Achmer Würfel! Was er wohl getan haben mag, das Dich so beleidigen konnte!“

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Kunst.

„Christus“ von Franz List. Ueber die am Mittwoch im Sängershaus in Straßburg abgehaltene Probe des großen Oratoriums schreibt der ständige Musikkritiker des „Elffler“:

„Die Generalprobe zur zweiten Aufführung des „Christus“ hatte schon den Charakter eines Festkonzertes. Das erhabene Kunstwerk hat in der dreimonatlichen Ruhepause eher gewonnen als verloren. Die elementare Macht badischer Kunst riß auch gestern wieder ausführende und Publikum mit. Die Chöre klangen in wohlthuender Frische; ich habe hier noch selten solche herrliche Klangwirkungen gehört, um nur von der familiär-anheimelnden Seite der Chorleitung zu sprechen. Auch das Orchester spielte in gehobener Stimmung, so daß die Wirkung dieses bedeutenden Werkes der Chorliteratur seit Beethoven wiederum überwältigend war und für die zweite Hauptaufführung am nächsten Sonntag die günstigsten Aussichten stellt.“ (Elffler Nr. 183, 21. April.)

Der hochwürdigste Herr Weihbischof, der nächsten Sonntag in Mühlhausen zur Firmung weilt, wohnt in der gestrigen Aufführung bei und spendete reichen Beifall.

Kirchliche Nachrichten.

— Rom, 20. April. Die hier weilende Korrigende des Vollkomites Freiburg der Opera di Protezione della Donna Italiana all Estero (Fürsorgeverein für Italienerinnen im Ausland), Frä. Frida Bent wurde heute vom St. Peter in besonderer Weise empfangen. Der Papst, der bekanntlich für die dem Wohl seiner Landsleute dienende Opera auch schon früher sein Interesse bekundet hat, ließ sich eingehend über ihre Tätigkeit erzählen und sprach den Wunsch aus, die Opera möge sich durch nichts entmutigen lassen, an dem schönen Werke weiterzufahren. Er spendete am Schluß allen Mitgliedern der Opera sowie auch ihren Schülern seinen Segen.

Lehrer der Dornburg das Wort ergreift. Er führte aus, daß es sich um eine Frage von solcher Wichtigkeit handele, wie sie in der Kolonialpolitik noch nicht vorgekommen sei. Der Antrag Erzberger bedeute eine Entzweiung, da unter großem Druck Abtretungen von Land erzielt werden sollten. Das Verfügungsrecht des Kaisers dürfe nicht durch einen Paragraphen beeinträchtigt werden, an einer Stelle, wo er nicht hingehört. Der Abg. Erzberger widersprach dieser Ausführung und betonte vor allem, daß die Geschäftsordnung nicht Sache des Reichstages sei, in die man nicht eingreifen dürfe. Um den Kaiser handle es sich bei dem Entwurf nicht. Der Reichstag habe das Recht, mitzuprägen. Dornburg betonte darauf, daß er das Recht des Reichstages nicht habe antasten wollen. Darauf wird in die Beratung eingetreten. Der Abg. Erzberger begründet seinen Antrag. Er wendet sich zunächst, wie wir der „Frankf. Zig.“ entnehmen, gegen das „verleumderische Gerücht“, er wolle eine bestimmte Person, er wolle den Staatssekretär für den Reichstag, das liegt ihm durchaus fern. Er sei vorher der Schlichter des Staatssekretärs genannt worden. Es sei bekannt, daß er seit Jahren durchaus objektiv die Kolonialfrage behandelte und den Staatssekretär unterstützte habe. Das erste Exemplar seines Antrages habe er einem Vertreter des Kolonialamtes gegeben. Sein Entwurf sei ohne jede Spitze gegen das Kolonialamt. Dornburg weist darauf hin, daß von allen deutschen Kolonien nur noch in Südwestafrika Hoheitsrechte von Gesellschaften beständen. Die Opfer an Geld und Blut seien in Deutsch-Südwestafrika nicht zugunsten von 2000 Anteilseignern der Kolonialgesellschaft gerichtet, oder damit das Reich in ewiger Abhängigkeit von einer mit Hoheitsrechten ausgestatteten Gesellschaft bleibe. Er protestiert dagegen, daß es mehr und mehr Gebrauch werde, sich durch Veranlassung des Kaisers zu schütten. Es sei Pflicht der Regierung, sich für die Person des Kaisers zu stellen, aber nicht sich hinter ihr zu verstecken. Dornburg geht dann auf die Diamanten-Abkommen ein, die heute ein anderes Aussehen gewonnen hätten und weit weniger günstig lägen, als seiner Zeit angenommen worden. Aus den Verträgen sollte der Kaiser und die Allgemeinheit einen entsprechenden Nutzen ziehen. Die prinzipielle Entscheidung müsse also erfolgen, jede Vergrößerung verneine und eschwere sie. Die Ablösung in einem Vertrage sei dabei kaum möglich. Der Weg der Gesetzgebung sei nicht möglich. Nur auf diesem Wege komme man zur Arbeit und zur ruhigen Entwicklung. Wie man bei solcher Tendenz seines Antrages von Antrag und Konstitution und grundsätzlichen Ideen reden könne, sei ihm unverständlich. Verbesserungsvorschläge nehme er gern entgegen.

Ein Redner der fortschrittlichen Volkspartei erklärte, der Grundgedanke, die Gesellschaften zu den Kriegskosten heranzuziehen, sei berechtigt. Der Weg des Antrages Erzberger sei aber nicht gangbar. Nehme man den Kapitalisten ihre Gewinne einfach ab, dann treibe man sie aus den deutschen Kolonien in andere Kolonien hinein. Der Grundgedanke des Antrages habe seine Freunde zu einer besonderen Resolution geführt, wonach die Kosten für den Aufwand als Schulden des Schutzgebietes betrachtet werden sollen, und wonach als Deckungsmittel dafür die jetzt für den Eisenbahnbau reservierten Einnahmen, sobald sie frei werden, unter Zustimmung derer, die die Steuern bezahlen, verwendet werden sollen. Die Kolonialgesellschaft habe durch Fiskus des Reichstages mehr Rechte erlangt, als nützlichwert sei, aber sie besitze sie doch nun einmal und da sei mit Gewalt nichts zu erreichen. Die Gesellschaft werde vernünftig genug sein und nicht starr bleiben, sondern es zu einem Kompromiß kommen lassen.

Sachlich erklärte Staatssekretär Dornburg in der Budgetkommission sowohl den Antrag Erzberger wie die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei in Sachen der Kriegskosten des Seno-Aufstandes für nicht annehmbar. Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.
Der Nachfolger Kuegers. Der Gemeinderat in Wien wählte den Ersten Bürgermeister Neumayer mit 129 von 146 Stimmen zum Bürgermeister.

Frankreich.
Die Gnadenorte in Lourdes sind seit dem 13. April 1900 Eigentum der Stadt Lourdes. In einer Sitzung des Gemeinderats wurde nun einstimmig beschlossen, das durch ein Dekret vom 9. April 1900 zugewiesene Recht auf die Gnadenorte nur unter folgenden Bedingungen anzunehmen: Die Heiligtümer in Lourdes, als da sind: die Basilika, die Krypta, die Rosenkranzkapelle und die Grotte von Massabielle bilden einen Komplex, welcher durch Geschenke von Pilgern und Katholiken der ganzen Welt erworben wurde, um die Ausübung des Gottesdienstes zu ermöglichen. Um den Intentionen dieser gewaltigen Zahl von Pilgern und Schenkern zu entsprechen, wird in Anbetracht des ausschließlich religiösen Charakters der genannten Orte durch den Staat zwar anzunehmen, sie aber als ein unantastbares Vermögen zu betrachten, das die Gemeinde der Diözesanbehörde zur Verfügung stellt, um ungehindert Gottesdienst abhalten zu können. Der Befehl wurde dem Bischof von Tarbes zugewiesen, mit folgendem Begleitreiben des Bürgermeisters von Lourdes: Es ist wichtig, daß man wisse, jetzt und in Zukunft, daß der Gemeinderat bei aller Anerkennung der ihm durch das Dekret zugewiesenen Rechte, keine andere Sorge hat, als das Interesse der Katholiken der ganzen Welt und ihre Rechte auf die heiligen Gnadenorte zu gewährleisten.

2678 Kandidaten im französischen Wahlkampf. Die amtliche Liste derjenigen Kandidaten, die sich in der am 24. April stattfindenden Hauptwahl um ein Mandat bewerben, ist gestern abend geschlossen worden. Die Gesamtzahl der Bewerber beträgt nach einer Zusammenstellung des „Matin“ nicht weniger als 2678. Trotzdem gibt es noch 29 Wahlkreise, in denen der bisherige Abgeordnete keinen Gegenkandidaten hat, also ohne weiteres als gewählt zu betrachten ist; dagegen sind in einem einzigen Wahlbezirk, nämlich in Avignon, 48 Kandidaten amtlich vorgemerkt worden.

Spanien.
Aktion der Karlisten in Spanien. Aus Madrid wird berichtet, daß die Karlisten namentlich in Navarra und Katalonien eine überaus eifrige Propaganda entfalten. Sie haben über 40 Kandidaten aufgestellt. In dem von dem Herzog von Solferino, dem Führer der katalonischen Karlisten, im Namen Don James veröffentlichten Wahlaufruf heißt es: Wir wissen, daß die Kämpfe, in denen die Karlisten ihren legendenhaften Mut bewährten, von denen verschieden sind, die wir jetzt unternehmen. Unsere Aktion soll diesmal auf gesetzmäßigen Boden bleiben; aber wir dürfen darum

nicht auf das Bestreben verzichten, die unterdrückten Geschicke unserer großartigen Kreuzzüge von neuem aufzunehmen.

England.

Die Hege der Unionisten gegen die Freen. Eine Szene wilder Aufregung ereignete sich im Unterhaus während der Debatte über das Verhalten Robert Andersons, des früheren Chefs der Geheimpolizei, dessen kürzlich in der London Magazine erschienene Artikel über das Thema Parnellismus und Verbrechen Aufsehen erregte. Der Unionist Campbell machte im Verlauf seiner Rede eine Bemerkung, die dahin gedeutet wurde, als sei es trotz der Entscheidung der Parnellkommission noch eine offene Frage, ob Parnell mit den verurteilten Parnellmördern in Verbindung gestanden hätte. Die Nationalisten und Ministeriellen forderten die augenblickliche Zurücknahme der Verdächtigung. Campbell erklärte sich zur bedingten Zurücknahme bereit, was eine gesteigerte Unruhe hervorrief. Die Nationalisten lehnten es ab, sich mit weniger als mit einem vollständigen Widerruf zufriedenzugeben. Hierauf erklärte sich Campbell bereit, den Befund der Parnellkommission zu akzeptieren, aber die Nationalisten wollten diese Erklärung nicht annehmen. Schließlich wurde ein Antrag durchgelesen, die Debatte zu schließen und der Szene ein Ende zu machen, angenommen und die Sitzung vertagt. („Nöln. Volkszeitung“).

Asien.

Die neue Freiheit in Persien. Die Lage im Süden Persiens hat sich verschlechtert. Die Stämme der Buren und Kascharen und der Schah Gafal haben sich gegen die Bakhtiaren vereinigt. Der Gouverneur von Schiras magt nicht, aus Fzaban nach Schiras abzuziehen. Der Gouverneur von Fzaban hat zwei Anhänger Gorib Khan auf grausame Weise hingerichtet lassen.

Amerika.

Reger-Unruhen auf Kuba. Unter den Regern auf Kuba breitet sich eine lebhaftere Agitation immer mehr aus. Nach einem Verichte des „Herald“ erklärte der Führer der Regier, General Espinoz, in einer heftigen Ansprache, wenn die Regierung die den Regern in der Verfassung gegebenen Vorrechte nicht halte, werde bald eine solche Lage herbeigeführt werden, daß die Vereinigten Staaten zu intervenieren gezwungen seien. — Eine Reitermeldung besagt hierzu noch: Wegen der durch General Espinoz hervorgerufenen Unruhen ging gestern mit Sonderzug ein Bataillon Infanterie und eine Batterie Maschinengewehre nach Santa Clara ab.

Baden.

Karlsruhe, 23 April 1910.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst demogen gefunden, dem Großherzoglich Luzernischen Hofrat Michael Hüb die silberne Verdienstmedaille zu verleihen, dem Hofrat Dr. Adolf Jocher in Anerkennung der unermüdeten nachgehenden Erhaltung der Anstalten und zum Tragen des ihm verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens 4. Klasse und dem Kammerherren und Oberleutnant a. D. Freiherrn Edwin von Hornstein-Viehlingen in Anerkennung der gleichen Erhaltung für das ihm verliehene Kommandantentum des Ordens des Sterns von Rumänien zu erteilen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Augenheilkunde und Direktor der Augenklinik an der Universität Heidelberg, Geheimrat Dr. Theodor Leber seinem unterwürdigsten Ansuchen entsprechend wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen und ausgezeichneten Dienste auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Die Entschlebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurden die Betriebsassistenten Karl Deiß in Leopoldshöhe und Friedrich Grieb in Benzloch nach Graden-Rendorf versetzt.

Aus den Kommissionen.

BZK. Karlsruhe, 22. April. Die Schulkommission behandelte heute unter dem Titel „Volksschulen an Städteordnungsstellen“ die Stellung des Stadtschulrats. Nach der Vorlage soll an dem bisher bestehenden Zustande nichts erhebliches geändert werden. Die Städte über künftig wie bisher durch den Stadtrat die Aufsicht über die Schulen aus. Unter dem Stadtrat steht die Schulkommission, dem die Aufgabe der Schulpflege zugewiesen wird. Der Stadtschulrat übt im Namen des Stadtrats die technische Schulaufsicht aus. Dem Verlangen, dem Stadtschulrat volle Kreislaufschulbesuchnisse einzuräumen, stehen sowohl Regierung als auch Kommission ablehnend gegenüber.

Bei Titel 8 § 114, der die Regelung der Verhältnisse der nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten betrifft, wurde von Seite des Zentrums der Antrag gestellt, daß die Errichtung von Lehr- und Erziehungsanstalten durch kirchliche Korporationen und Stiftungen nur auf Antrag besonderer Gesetze zu regeln und daß Mitgliedern religiöser Orden jede Lebertätigkeit unterlag sei; der Staatsregierung siehe jedoch Dispens zu. Die Parteien der Linken nahmen zu dem Zentrumsantrag noch keine bestimmte Stellung und es wurde die Abstimmung überläßt noch zurückgestellt.

Bei den Uebergangsbestimmungen herrschte Einmütigkeit darüber, daß den an Dienstjahren ältesten Hauptlehrern noch eine Verbesserung gegenüber den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen anzustreben sei. Bestimmt formulierte Anträge werden bei der zweiten Lesung eingebracht werden.

Damit ist die erste Lesung der Schulgesetznovelle beendet. Die Petitionen der Lehrvereine betreffs der Wünsche der Lehrer der Städte der Städteordnung, der mittleren Städte und der Landgemeinden werden von der Kommission überwiegen weiterhin die Petition auf allgemeine Einführung der Lateinschrift an allen Schulen bei Wegfall der deutschen Schrift der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme, desgleichen die Petition der orthodoxen Israeliten.

Die Frage, wie Disziplinentinder in der Volksschule bezüglich des Religionsunterrichts zu behandeln seien, wurde erörtert. Endgültige Entscheidung hierüber soll bei der zweiten Lesung folgen.

In der Budgetkommission wurde die Frage der Abgeltung der Beamten behandelt aber nicht zu einem endgültigen Resultat gebracht. Die für Umbau von Wagen 4. Klasse angeordnete Summe von 150 000 Mark wurde einstimmig abgelehnt, wenn man sich auch keineswegs der Einsicht verschloß, daß auf irgend eine Weise Abhilfe geschaffen werden müsse gegenüber den

Erfahrungen mit der Tarifreform. Die Frage, auf welche Weise Abhilfe erfolgen soll, ob Erhöhung der Tarife, ob Einführung der 4. Wagenklasse, ob Zuschuß aus der Staatskasse, ist eine offene.

Mit liberalen Erfolg

bezeichnet die „Bad. Vdztg.“ den Ausgang der Simultanisierungsfrage. Der „Schwab. Merkur“ Nr. 180 referiert darüber folgenbedeutend:

„Der Mehrheitsbeschluss der Zweiten Kammer betreffend Simultanisierung der Seminare wird in dieser Sitzung nicht mehr aufrechten. Man wird sich im Hinblick auf die geringe praktische Bedeutung der Sache bei dem Votum der Ersten Kammer beruhigen. Dies wird durch einen Artikel der „Bad. Vdztg.“ erwiesen, die anfangs über den „achseltragerischen“ Beschluss der Ersten Kammer sehr unruhig war, aber einem anderen Standpunkt gefunden hat. Sie fasst jetzt die im unliberalen Sinn) auf, denn im Prinzip sei die Erste Kammer der Auffassung der Zweiten beigetreten, und freiere von Karze habe seine Anträge einer Revision unterzogen, indem er seine Zustimmung zu dem Antrag der Budgetkommission der Ersten Kammer aussprach. Ueberhaupt lasse ein Blick zwischen den Anschauungen der Rechten in der Ersten und Zweiten Kammer, nicht zwischen denen der Linken hier und dort. Mit dieser fassungsvollen Rede würde die Simultanisierungsfrage für diesmal begraben sein.“

Die „Bad. Vdztg.“ hat tatsächlich nach anfänglichem Mißvergnügen auch aus dieser Blüte liberalen Hoxig gezogen. Man wird ja älter und bescheidener in seinen Ansprüchen. Und was fehlt, das macht man sich zurecht. So hat es die „Bad. Vdztg.“ mit der Stellungnahme des Abg. Freiherrn von la Roche gemacht. Es ist gar keine Rede davon, daß Freiherr von la Roche in Widerspruch geriet mit der Rechten der Zweiten Kammer. Freiherr von la Roche führte in der betreffenden Sitzung am 9. April aus:

Nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Berichtserstatters möchte ich mir nur mit wenig Worten geistigen, zum Ausdruck zu bringen, daß ich die Formulierungen, die mein Antrag in der Kommission erfahren hat, zum Glück vermag. Es befragt die Ziffer 2 des eben verlesenen Antrags — und das ist ja der Punkt, bei dem die Kommission zunächst verweisen werden ist, das ist, was auch mein Antrag wollte —, daß nämlich die bisher bestandene Uebung hinsichtlich der Zuweisung von Plätzen in die Lehrseminare unverändert bleiben soll, denn auch nach dem Kommissionsantrag werden ja fünfzig bis vierzig in dem Seminar Karlsruhe I im allgemeinen nur evangelische Zöglinge und in den Seminaren in Ettlingen und Meersburg im allgemeinen nur katholische Zöglinge untergebracht werden. Diese Tatsache aber hat bisher dazu geführt, daß man die drei erwähnten Seminare zum Unterschied vor den übrigen kurzweg als konfessionelle bezeichnet hat, und wer auch fünfzig bis vierzig unterricht zwischen den drei genannten Seminaren und den übrigen betonen will, der wird nach wie vor von konfessionellen Seminaren sprechen. Nur wird man korrekter verfahren, wenn man vielleicht sie als „sogenannte konfessionelle“ Seminare bezeichnet. Denn daran hat gewiß ja niemand gedacht und wird niemand denken, daß man diese Anstalten in Anspruch nehmen will als etwas kirchliches, als Anstalten, die irgendwie an eine der Kirchen angegliedert seien.

Wenn nun das als theoretische Feststellung in Ziffer 1 des Kommissionsantrags noch besonders zum Ausdruck gebracht wird, so ist dagegen nichts zu erinnern. Etwas anderes aber als eine solche Feststellung des status quo wird diese Ziffer 1 des Antrags nicht darstellen wollen.

Der letzte Satz befragt gar nichts anderes als: eine grundsätzliche Erörterung über den Charakter der sogenannten konfessionellen Seminarien siehe ich in dem 1. Punkt des Antrags nicht. Der Redner der konservativen Richtung ließ also die grundsätzliche Frage offen und begnügte sich damit, daß der bisherige Zustand unverändert aufrecht erhalten bleiben soll. Das hat auch nachher Professor Dr. Troeltzsch betont, der von der gegenwärtig „rein praktischen Regelung“ der Frage sprach und nichts davon wissen wollte, daß man unter diesem „Defizienten“ die grundsätzliche Frage verstehe. Die daher die „Bad. Landesztg.“ dazu kommt, den Freiherrn von la Roche für die liberale Auffassung in Anspruch zu nehmen und gar noch die Zentrumspresse den Vorwurf zu machen, sie habe ihre Leser über die Ausführungen des Professors Troeltzsch, die wir in ihrem ganzen Wortlaut drucken, irregeführt, verheißt uns nicht recht. Wenn man allerdings in einer der neuesten Nummern der „Bad. Landesztg.“ liest, wie sie das badische Zentrum dadurch mit sich selbst in Widerspruch zu bringen sucht, daß sie eine Ausführung des preussischen Zentrumsabgeordneten Dietrich über die konfessionelle Schule in Preußen zitiert, während sie die Stellungnahme des badischen Zentrums zur Simultanisierungsfrage fortwährend entstellend wiederholt, dann versteht man auch das Wandel, das sie sich bei Gelegenheit der Simultanisierungsfrage erlaubt.

Unser derzeitiges Regierungssystem

in bester Beleuchtung zeigt der Artikel der „Straßburger Post“ Nr. 457, der sich mit unseren Schulwesen beschäftigt und die Liberalen darauf hinweist, daß trotz der drei konfessionellen Lehrseminarien die Liberalisierung des Schulwesens in Baden in besten Händen sei. Der Ministerialdirektor Böhm, dessen liberale Gesinnung allseits anerkannt und gewürdigt wurde, sei ja der Leiter der ganzen Unterrichtsverwaltung und ihm zur Seite stehe der jüngst ernannte Ministerialrat Schwörer, der der jungliberalen Richtung angehöre. Das glauben auch wir, daß der Großh. durchaus seinen Anlaß hat, mit Herrn von Dufsch zufrieden zu sein. Auf den früheren Leiter des Ressorts, Ministerialdirektor Wehner, nimmere Böhm und Schwörer, das bedeutet einen hörbaren Ausdruck des Schulfusses nach links, das bedeutet eine Konfession an den Großh. wie sie sich dieser gar nicht besser hätte wünschen können. Es bedeutet aber auch eine Charakterisierung der Regierungspolitik, die mehr zeigt als die schönsten Reden ihres verantwortlichen Leiters bei der allgemeinen Finanzdebatte und anderen Gelegenheiten. Den Großh. in Worten bekämpfen, seine Bestrebungen aber in Taten unterstützen, das scheint uns keine einheitliche Politik darzustellen. Vor dem Großh. der Zweiten Kammer ständen und in der Ersten Kammer Schutz finden, den intellektuellen Urheber des Simultanisierungsantrags zum Mitarbeiter in eigene Ministerium berufen: wer es lassen kann, der lasse es! Wenn das ziellichere, grundsätzliche Politik sein soll, dann weiß der gesunde Mann aus dem Volke nicht, was eigentlich gefahren, programmlose Politik ist.

Das eine allerdings ist sehr dankenswert: Durch derartige Taten zeigt wenigstens die Regierung, wer die Oberhand hat, zeigt sie, wenn im Staatsministerium die Zukunft gehört. Und das muß sich der auf dem Boden des positiven Christentums stehende Volksteil

sehr merken. Der Staatsminister hält wohl Reden gegen den Großh., seine Mitarbeiter aber wählt er so aus, daß die Großh.politik an ihnen die besten Vertreter hat. Das geht doch auf die Dauer nicht an, daß man sich in der Kammer gegen die Bestrebungen auf Entschärfung der Volksschule wehrt, die leitenden Stellen in der Schulverwaltung aber mit Männern besetzt, die diesen Bestrebungen sympathisch gegenüberstehen oder diese selbst wieder aufgearbeitet haben!

Wie man auch auf Zentrumsseite überall die Lehren aus diesem Vorgang. Was nützen und Worte, wenn die Taten ihnen nicht entsprechen. Der Kritiker der „Straßb. Post“ — ob er tatsächlich klug war, ist hier nicht zu entscheiden — muß auch dem Beschränkten Gerecht haben, was vorgeht in möglichen Kreisen und welcher Gesinnung man ist. Darüber können und dürfen Händel durch und Beschränkungen wohlwollender Gesinnung durch nicht wegzuschneiden. Die Führung des Schulwesens in jungliberalen Händen, eingeleitet und erreicht durch Staatsminister von Dufsch, das ist eine Feststellung, die jedem Zentrumsmann, der sein Programm kennt, ohne weiteres seinen Platz anweist.

Simplizismusjournalistik.

Im „Bad. Landesboten“ Nr. 93 kann man lesen: „Selbst der Karlsruhe „Merkur“-Korrespondent macht sich über die Zentrumsseite lustig, die auch bei diesem Anlaß (Einkommensteuer) sich mit vollen Boden als Schlichter der Schwachen gepriest und wider besserer Wissen die Parteien des Großh. bloßgestellt hätte, vor der Regierung ohne Not kapitalisiert zu haben. Die Szene, wie die schwarze Kammerfraktion sich durch den Kommissionsbericht ihres eigenen Mitgliedes Wittemann nachweisen lassen mußte, daß sie gekunkert hatte, habe die Heiterkeit des Hauses entseht, und das ganze sei ein schwarzer Tag für das Zentrum gewesen, das mit seinen „gewohnten steilen Mittelchen“ kämpfte.“

Man meint wirklich, man lese den Simplizismus. Vielleicht liegt auch tatsächlich eine falsche Uebersetzung vor, jedoch in den „Bad. Landesboten“ kam, was in den Simplizismus sollte. Nebenbei läßt der „Landesbote“ dann auch den „Schwab. Merkur“ bespöten, die „Zentrumsblätter“ hätten, wider besseres Wissen“ gewisse Behauptungen aufgestellt. Er will also glauben machen, der „Schwab. Merkur“ beschuldige die Abgeordneten Neuhaus und Schöfer der Lüge. Wahrheitsgemäß muß jedoch festgestellt werden, daß das eine Privatäußerung des „Bad. Landesboten“ ist, der keine Objektivität kennt, sobald es sich um Zentrum und Zentrumsabgeordnete handelt. Das beweist dieses Blatt auch durch folgende weitere Äußerung. Es schreibt:

„Erzbergers „Altion“. In der Budgetkommission des Reichstages wird der Staatssekretär Dornburg heute den Erzbergerschen Antrag, der 81 Millionen Kriegskosten aus Südwestafrika einzutreiben will, als unannehmbar zurückweisen. In Reichstagskreisen erzählt man übrigens, daß dieser Antrag wieder eine Privatarbeit des Herrn Erzberger sei, mit der er die eigene Fraktion überdeckt habe. Der Antrag wird von der „Tägl. Rundschau“ sehr richtig damit gekennzeichnet, daß sie fragt, ob der Antrag ein großer Unfug oder Bestürzungswort sei.“

Erzberger ist Zentrumsabgeordneter. Folglich darf der „Landesbote“ einen Antrag von ihm nur als „Altion“ in Güntersblenden bezeichnen, wenn auch der Antrag von allen Seiten als unangehörig wichtig angesehen wird, wenn auch die Partei des Landesboten selbst den Grundgedanken des Antrages des Abg. Erzberger aufgegeben hat, weil sie ihn als durchaus berechtigt anerkennt.

Das hat der „Bad. Landesbote“ wahrheitsgemäß nicht gewagt. Daher genügt es ihm, daß der Antrag von dem Zentrumsmann Erzberger war, um ihn mit seichten Sprüchen, die er der fanatisch anti-ultramontanen „Tägl. Rundschau“ entlehnt hat, zurückzuweisen. Der „Bad. Landesbote“ hat sich damit wieder einmal regelrecht ins eigene Gesicht geschossen.

Und solche journalistischen Simplizismusleistungen soll man ernst nehmen? —

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 22. April. Auf Grund der im Frühjahr d. J. abgehaltenen ersten juristischen Prüfung sind 36 Rechtsabstandanten zu Rechtspraktikanten ernannt worden.

Karlsruhe, 22. April. Auf Grund der im Frühjahr 1910 abgehaltenen zweiten juristischen Prüfung wurden 24 Rechtspraktikanten zu Gerichtsassessoren ernannt.

Karlsruhe, 22. April. Der Bad. Landesfreitag findet am 25. und 26. Juni statt.

Wosbad, 22. April. Der Großh. Bezirksrat Dr. Wilhelm Dörner in Adelsheim wurde zum Stellvertreter des Reichstagsabgeordneten beim Großh. Landgericht Wosbad ernannt.

Ettlingen, 22. April. (Buch ein Jubiläum.) Nächsten Sonntag blüht der Felsenkrieger von Ettlingen weiter, Bruchpflanz, Schuttenbach und Oberweier, Leopold Hädel, auf 50 Jahre seiner Tätigkeit zurück. Obwohl er im 80. Lebensjahre steht, verleiht der Jubilar noch heiter, feierlich und geistig frisch, seinen tierischen Dienst.

Paimbach, Amt Durlach, 22. April. Die Dekonomiegebäude des Bürgermeisters Krätzer wurden durch Feuer zerstört. 8 Stück Vieh kamen in den Flammen um. Nur unter großen Anstrengungen gelang es der Feuerwehr das Wohnhaus zu retten. Man vermutet Brandstiftung.

Lahr, 22. April. Bei der Wahl von 7 Stadträten wurde zum ersten Mal 1 Sozialdemokrat gewählt.

Zentrumsversammlung im Café Nowack.

Der Bindhorstbund, die junge Garde der Zentrumsparthei, hatte auf gestern abend seine Mitglieder und die Anhänger und Freunde der Zentrumsparthei eingeladen zu einer Versammlung, in der durch bereiten Mund ein neuer Ansporn gegeben werden sollte zu rascher Arbeit im Sinne des Bindhorstbundes und der Zentrumsparthei. Herr Revierarzt Renke, der Vorstand des Bindhorstbundes, hielt die Eröffnungsrede, insbesondere die beiden Referenzen und die Mitglieder der Zentrumsparthei, herzlich willkommen und bezeichnete als Zweck der Versammlung die Idee des Bindhorstbundes in weitere Kreise zu tragen. Es sei nicht Zweck und Aufgabe des Bindhorstbundes, große glänzende Versammlungen abzuhalten, sondern die Meinarbeit und vor allem die Schulung der jungen Männerwelt in der Zentrumsparthei.

Zum Vorhinein wurde Oberlandesgerichtsrat Schmitt erlesen.

Als erster Referent sprach Herr Landtagsabgeordneter Fabritant Neuhaus über die politische Lage in Baden. Wenn man über die heutige Situation in Baden sprechen will, so muß man eingehen auf die Lage, welche die demalige Zusammenfassung anferes Landtags hervorgerufen hat. Heute vor einem Jahr hätte jeder als Resultat der Wahlen eine Reichstagsparthei und Konfessionen prophezeit. Da kam zwischen Zentrum und Konfessionen, welche drei Jahre vorzeitig der Reichstagsparthei zu machen versuchte, die dann

Verlangen Sie

beim Einkauf von Bouillon-Würfeln stets ausdrücklich

MAGGI[®] Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

Der Name MAGGI bürgt für vorzüglichste Qualität!



Für 2/3 Liter je nach Geschmack.

Chr. Schneider Leonberger Schuhgeschäft
40 Adlerstrasse 40
empfiehlt gute
Schuhwaren.
Anfertigung nach Mass. Reparaturen werden pünktlich ausgeführt.

Aufbewahrung von Pelzwaren

Uniformen, Tuch- und Wollwaren
(auch anderwärts gekaufter Gegenstände)

Sorgfältige Pflege nach bewährter fachmännischer Methode unter persönlicher Leitung.

Geräumige, musterhaft angelegte Magazine

Einzig, eigene
Hygienische Neuerung
Jeder Gegenstand vom anderen unter besonderem Schutz getrennt

Volle Versicherung gegen Motten, Feuer- u. sonst. Schaden
Sehr mässige Preise. Preisliste zu Diensten.

Grosskürschnerei

Wilh. Zeumer

Kaiserstr. 125/127 Telefon 274.

Kostenlose Abholung im Hause mit geschlossenem Wagen durch zuverlässigen Diener.

Reparaturen und Umarbeitungen während dem Sommer besonders sorgfältig und vorteilhaft.

Krankenkasse selbständiger Handwerker im Handwerkskammerbezirk Karlsruhe.

(Genehmigt vom Groß. Ministerium des Innern mit Erlaß vom 28. Februar 1910, Nr. 8986.)

Die Kasse ist mit dem 1. März ins Leben getreten und gewährt ihren Mitgliedern:

In der I. Abteilung:

Klasse A bei 40 Pfg. Wochenbeitrag = 2 Mk. Krankengeld pro Tag.

Klasse B bei 60 Pfg. Wochenbeitrag = 3 Mk. Krankengeld pro Tag.

In der II. Abteilung:

Klasse A bei 60 Pfg. Wochenbeitrag = 1,50 Mk. Krankengeld pro Tag nebst Vergütung von Arzt und Apotheke.

Klasse B bei 80 Pfg. Wochenbeitrag = 2,50 Mk. Krankengeld pro Tag nebst Vergütung von Arzt und Apotheke.

Wir machen die gesamten Handwerksmeister unseres Kammerbezirks in Stadt und Land darauf aufmerksam, daß in den ersten zwei Monaten, also bis zum 1. Mai ds. Jrs., alle selbständigen Handwerker, gleichwohl ob sie einer gewerblichen Vereinigung angehören oder nicht, bei ermäßigtem Eintrittsgeld bis zum 65. Lebensjahre aufgenommen werden.

Nach dem 1. Mai ist die Aufnahme nur mehr bis zum 45. Lebensjahre ermöglicht.

Anmeldeformulare sind bei der Handwerkskammer Karlsruhe, bei der Hauptverwaltung Bruchsal, Durlacherstraße 14 (mit Postkarte verlangen) oder bei Ernst Telgmann, Karlsruhe, Adlerstraße 4, kostenlos erhältlich.

Der Vorstand.

Eine Vertrauenssache von eminenter Bedeutung

ist der Ankauf eines

Harmoniums, Pianos oder Flügels.

Die Zuverlässigkeit der unterzeichneten Firma, ihre großartige Auswahl von Instrumenten aller Stil- und Holzarten, die billigen Preise, Zahlungserleichterungen jeder Art gewährleisten dem Käufer die weitgehendsten Vorteile.

... Katalog und Prospekt auf Verlangen. ... Zwangloser Besuch meiner Magazine erbeten.

H. Maurer, Großherzog. Hoflieferant, Karlsruhe, Friedrichsplatz 5.

Anfängern wird gründlicher Klavier-Unterricht erteilt. Die Stunde 60 Pfg.
Gieschstraße 75, 1. St.

Gasherd,

weil emailliert, mit Nickelröhren und geschliffener Platte, tadellos erhalten, ist preiswert zu verkaufen.
Lachnerstraße 25, parterre.

Kleiderstoffe

Sämtliche Neuheiten

für Frühjahr und Sommer
sind in grösster Auswahl eingetroffen und empfehle solche zu billigsten Preisen.

Carl Büchle Kaiserstrasse 149
Telephon 1931.
Inh.: A. Schuhmacher.

NB. Geringe Spesen und Einkauf von nur ersten Häusern gestatten mir, zu billigsten Preisen zu verkaufen u. wirkliche Vorteile zu bieten.

Färberei und chem. Wäscherei
vormals **Ed-Printz**
empfiehlt sich zum Reinigen und Färben von Vorhängen aller Art, Möbelstoffen, Portieren u. s. w.
Telephon Nr. 63.

Red Star Line
Koch- und Postdampfer von **Antwerpen** nach **New York** und **Kanada**

Auskunft erteilen: **Kod Star Linie** in Antwerpen oder deren Agent **Richard Grabener**, Kaiserstrasse 199a, Eingang Waidstrasse, Karlsruhe.

Herren und Damen jeden Standes, welche sich einen gewinnbringenden, realen Erwerb oder Nebenverdienst sichern wollen, wenden sich an **J. Baumeister**, Stuttgart, Rotestr. 7.

Als Teilhaber für eine Privathandelschule in Pensionat wird ein **Handelslehrer** oder **Kaufmann**

mit bedeutendem Vermögen auf sofort gesucht. Gef. Off. erb. unter S. D. 2485 an Rudolf Mosse, Stuttgart.
Mandoline-Unterricht gegen ganz Vergütung wird erteilt in d. Abendstunden. Angebote unter Nr. 609 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Karlsruher Reiterverein.
Sonntag, 24. April, 3 Uhr nachm.,

6 Rennen

auf dem Rennplatz bei Klein-Müppurr.
Öffentlicher Totalisator. — Militärmusik.

Preise der Plätze: Tribüne und Sattelplatz 4 Mk., I. Platz 2 Mk., II. Platz 1 Mk. Zufehen vom Durlacher Waldrand aus 30 Pfg. Programm 30 Pfg. Wagenkarte 3 Mk.

Tribünen und I. Platzkarten berechtigen zum Zutritt zum Totalisator.

Vorverkauf der Billette und Programme: Zigarettenhandlung

Weyle, Kaiserstraße 141, woselbst auch die Ehrenpreise ausgesetzt sind, und Zigarettenhandl. Schweitzer, Ecke Kaiser- und Waidstraße.

Anmeldungen zur Beteiligung am landwirtschaftlichen Rennen sind noch bis zum Renntage mit dreifachem Einsatz zulässig; dieselben sind an das Geschäftszimmer der 28. Kavallerie-Brigade, Karlsruhe, Velfortstraße 7, zu richten. Alles weitere, auch betr. Beteiligung an den Rennen, ergeben die Plakate an den Anschlagtafeln und die Programme.

Programme versenden gegen Einendung von 35 Pfg. Geschäftszimmer 28. Kavallerie-Brigade, Karlsruhe, Velfortstraße 7.

Katholischer Gesellenverein Karlsruhe.

Zu dem am Sonntag, den 24., abends 7/9 Uhr, im Gesellenhaus, Sophienstraße 58, stattfindenden

Theateraufführung (Fügungen u. Führungen)

ladet freundlichst ein

Im Namen des Vorstandes: **Andreas Simon**, Präses.

Preis: Mk. 1.—, 0,80, 0,50, 0,30. Vorverkauf bei Dorer u. Döbler und Elisabethenhans, Birt, Marienstr.

Katholischer Jugendverein der Offstadt.

Theater-Aufführung

Sonntag, den 24. April, abends 8 Uhr, im St. Annahaus.

„Im Kampf gegen Rom“

Schauspiel in 5 Akten, unter Mitwirkung der Jugendvereins-Kapelle.

Preise der Plätze: 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 30 Pfg.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Präses: **Heilmann**.

Katholischer Arbeiterinnen-Verein Karlsruhe.

Am Sonntag, den 24. April, morgens 11 Uhr, findet im Café **Nowack** (oberer Saal) eine

Arbeiterinnen-Versammlung

statt, in der eine Arbeiterin und ein Arbeiter über die Notwendigkeit der Organisation reden werden. Alle Arbeiterinnen aus Karlsruhe und Umgebung sind dazu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand des katholischen Arbeiterinnen-Vereins.

Katholischer Arbeiterverein (G. V.).

Sonntag, den 24. April, abends 8 Uhr, findet im Saalbau (Offstadt, Lachnerstraße) eine

Allgemeine Versammlung

statt mit

Lichtbildervortrag

Albrecht Dürer und seine Kunst.

Wir laden zu diesem hochinteressanten Abend unsere Mitglieder mit ihren Familienangehörigen herzlich ein.

I. Vorstand.

Gebrannte Badewanne

mit Kohlenfeuerung

sofort zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 630 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gaushälterin.

die schon in einem Pfarrhause mehrere Jahre gedient hat und im Haushalt, wie auch im Garten gut bewandert ist, sucht Stelle in einem Pfarrhaus.

Gef. Angebote unter Nr. 629 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Residenz-Theater.
Waldstrasse 30.

I. Teil des Programms: Sonntag, 23., Sonntag, 24., Montag, 25., Dienstag, 26. April, unterbrochen von nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.

Das Leben von Moses. Dramatischer Kunstfilm. 4 Teil. Der Sieg Israels. Reihenfolge der 15 Bilder im Programm.

Wange Zweifel. Mährchen Drama.

Königliches Potpourri. Tonbild.

Quer durch Norwegen bis Christiania auf 1800 m Höhe. Die elektrische Bahn von Trondheim bis Döllen.

Ansicht von Trondheim. Panorama von Hammerfest, die nördlichste Stadt Europas. Bei den Hauptstädern.

(Eine Großstadtstudie. Drama.)

Garantiert echtes, reines Schwarzwälder (Reinheits) Kirchwasser

pro 1 Liter 2,50 Mark

hat im Auftrage zu verkaufen

G. Huber, Karlsruhe,
Schützenstraße 87 IV.

Für Käufer!

In einem kath. gröh. Ort mit 1600 G. wäre einem Käufer Gelegenheit geboten, eine gutgehende **W e i n h a n d l u n g** u. **Küferei** mit neuem Haus käuflich zu erwerben. Im genannten Ort ist keine Konkurrenz. Günstige Verkaufsbedingungen.

Näheres unter Nr. 625 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bernh. Kranz,
Friedrichsplatz 37, Kaiserstr. 35,
Ludwigsplatz 65, Albstadtstr. 21.
Tel. 484. Tel. 2374.

Doppelte Rabattmarken

oder 10% Rabatt gewährt ich fortwährend auf hochfeine gebrannte

Kaffee

Nachkaffee per Pfd. M. 1,20, M. 1,40, M. 1,60, M. 1,80.

Perkaffee per Pfd. M. 1,20, M. 1,40.

Doppelte Rabattmarken

oder 10% Rabatt gewährt ich fortwährend auf erst. Güte.

Tea

Loose per Pfd. M. 1,60, M. 2,00, M. 2,40, M. 3,00.

Teespitzen

per Pfd. M. 1,60.

Tea in Paketen

1/4 Pfd.-Pak. 50, 60, 70, 80, 90, 100 und 110 g.

1/2 Pfd.-Pak. 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 g.

Teespitzen

1/4 Pfd.-Paket 40 g

Zimmer noch ein Paket Tea geschenkt

erhält jeder Kunde bei Rückgabe

von 15 leeren Teekübeln oder Gläsern von ein u. derselben Sorte der **Marke Darma.**